



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder
der CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
- im Hause -

Berlin, 3. Juli 2024

**Politisches Versagen von Bundesumweltministerin Lemke bei der
Aufklärung möglicher Betrugsfälle bei Kraftstoff-Zertifikaten (UER)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der sich immer stärker erhaltende Verdacht umfassender betrügerischer Aktivitäten bei der Zertifizierung von Projekten zur Emissionsreduktion bei der Rohöl-Förderung im Ausland („upstream emission reductions“/UER) erschüttert auch mehr und mehr das Zutrauen in die Kontroll- und Aufklärungskompetenz der Bundesregierung. Der Vollzug obliegt dem Umweltbundesamt (UBA), das im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) liegt – und damit trägt Bundesumweltministerin Steffi Lemke vollumfassend politische Verantwortung für einen sich ausweitenden Skandal. Leider verschreibt sich Frau Lemke persönlich nach unserem Eindruck bislang in nur unzureichender Weise der Aufarbeitung und dem Ziehen der erforderlichen Rückschlüsse. In dieser Kritik bekräftigt uns der Auftritt der Bundesumweltministerin in der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, der auf Druck der CDU/CSU-Fraktion erfolgte.

Seit 2016 sind Mineralölunternehmen in Deutschland zu CO₂-Einsparungen bei Kraftstoffen verpflichtet, um die im Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) verankerten EU-Klimaschutzvorgaben im Verkehrsbereich zu realisieren. Die Einsparungen bei den Treibhausgasen (THG) werden in Form der so genannten THG-Quote ausgewiesen. Da die verlangte THG-Reduktion technisch nicht vollumfänglich durch eine veränderte Zusammensetzung der Kraftstoffe, wie beispielsweise die Zugabe von Bioethanol (E5/E10), erreicht werden kann, dürfen nach bislang geltender Rechtslage in begrenztem Umfang auch UER auf die THG-Quote angerechnet werden. Dies bedeutet, dass CO₂-Einsparungen bei Raffinerieprozessen im Ausland mittels dafür ausgegebener Zertifikate hierzulande verbucht werden. Die Kosten für diese Zertifikate, die von den Quotenverpflichteten (das sind die

Steffen Bilger MdB
Stellvertretender Vorsitzender

T 030. 227-73023
F 030. 227-2373023
steffen.bilger@bundestag.de

Dr. Anja Weisgerber MdB
Vorsitzende der AG Umwelt,
Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

T 030. 227-79344
F 030. 227-76343
anja.weisgerber@bundestag.de

Christian Hirte MdB
Berichtersteller

T 030. 227-71228
F 030. 227-70228
christian.hirte@bundestag.de

Platz der Republik 1
11011 Berlin
www.cducusu.de

Mineralölkonzerne, die an der Tankstelle Otto- und Dieselmotorkraftstoffe verkaufen) zur Erfüllung ihrer THG-Einsparungsverpflichtung gekauft werden, fließen wiederum in den Preis für Kraftstoffe ein. Es geht um enorme Finanzströme, weshalb offensichtlich leider auch das Interesse für betrügerische Aktivitäten geweckt wurde. Wie mehrere Medien berichteten, stehen nämlich zahlreiche solcher Kompensationsprojekte unter Betrugsverdacht. Dies betrifft 40 von 69 UER-Projekten in China. Es tritt immer mehr zu Tage: Anscheinend hat das UBA viel zu schwache Kontrollmechanismen etabliert, um die tatsächliche Realisierung der finanzierten Projekte zu überwachen. Nur so konnte es passieren, dass der Schwindel jahrelang nicht aufflog.

Bundesumweltministerin Lemke stand heute auf Verlangen unserer Fraktion dem Umweltausschuss des Deutschen Bundestags Rede und Antwort – leider lediglich eine gute halbe Stunde, was dem Ausmaß der offenen Fragen in keiner Weise angemessen war. Ihre Ausführungen waren knapp, haben wenig neue Informationen erbracht und konnten auch die Zweifel an einer verantwortungsbewussten Amtsführung nicht ausräumen. Gleiches gilt für die bisherigen Antworten der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage sowie weitere schriftliche Einzelfragen zum Thema.

Welche Vorwürfe stehen im Raum?

Die Aussagen des BMUV sind unglaubwürdig. Ein Beispiel: Ausweislich der Antwort der Bundesregierung auf eine von uns zum Themenkomplex erstellte Kleine Anfrage gingen auf der Fachebene des UBA bereits im August 2023 erste Hinweise auf betrügerische Aktivitäten ein, Mitte Oktober 2023 sollen die fachlich zuständigen Stellen im BMUV in Kenntnis gesetzt worden sein. UBA-Präsident Prof. Dr. Messner wiederum soll am 15. Dezember 2023 informiert worden sein. Am 22. Dezember 2023 berichtete das Handelsblatt bereits von 27 verdächtigen Projekten. Weshalb es dann noch bis Mai 2024 gedauert haben soll, bis Bundesumweltministerin Lemke über die im Raum stehenden Verdachtsfälle informiert worden sein soll, erschließt sich nicht. Auch die Darstellung von Ministerin Lemke in der heutigen Ausschusssitzung, dass sich die Verdachtsfälle erst im Laufe des Jahres 2024 wesentlich erhärtet hätten, wirkt schlichtweg unglaubwürdig. Insgesamt werfen diese Abläufe ein sehr schlechtes Licht auf die Kontrollmechanismen in der Umweltverwaltung und das dort vorhandene Gespür für skandalträchtige Vorgänge.

Das BMUV hat einem sich abzeichnenden Skandal lange Zeit nicht die nötige politische Aufmerksamkeit geschenkt. BMUV und UBA haben weit vor der Erarbeitung einer Novelle für die UER-Verordnung, die vom Bundeskabinett im Mai 2024 beschlossen wurde und mit der die Möglichkeit

der Anrechnung von UER zum Jahresende 2024 beendet wird, von den Verdachtsfällen gewusst. Wenn diese Verdachtsmomente nach heutiger BMUV-Darstellung die Begründung für das Ende der UER gewesen sein sollen – und dies hat auch Ministerin Lemke in der heutigen Ausschusssitzung bekräftigt –, dann ist erstaunlich, dass sich hierzu in der Begründung zur neuen UER-Verordnung kein einziger Satz findet. Zudem stellt sich die Frage, warum ein angeblich um Beendigung eines möglichen Missbrauchs bemühtes BMUV nicht die Chance genutzt hat, bei der Neufassung der UER-Verordnung weitergehende Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten für die noch laufenden UER-Projekte zu verankern – denn schließlich beklagen BMUV und UBA aktuell die mangelnden Kontrollmöglichkeiten. All dies ist nicht schlüssig und erweckt den Eindruck von politischen Schutzbehauptungen.

Die Umweltverwaltung hat beim UER-Vollzug nachlässig gehandelt. In der Antwort auf unsere Kleine Anfrage erklärt die Bundesregierung, dass die Satellitenbilder von angeblichen UER-Projekt-Standorten erst nach Eingang der ersten Verdachtsfälle überprüft worden seien, da dies angeblich nicht zum Prüfungsgegenstand des UBA gezählt habe. Auch Vor-Ort-Prüfungen sollen gemäß den Ausführungen der Bundesregierung nicht zum Regelprozess gehören. Nach unserer Rechtsauffassung besteht diese Möglichkeit jedoch. Es erstaunt zudem, dass im gesamten UBA für die UER-Zertifizierung lediglich drei von insgesamt über 1.800 Mitarbeitern zuständig sind. Weshalb bei angeblicher Kenntnis der administrativen Probleme seitens der UBA-Leitung keine personelle Umschichtung zur Abwendung groß angelegter betrügerischer Tätigkeiten erfolgten, erschließt sich uns nicht.

Das BMUV und die Grünen wollen Verantwortlichkeiten verschleiern.

Die Grünen betonen jetzt, dass sie das UER-System von einer Vorgängerregierung (mit SPD-geführtem Umweltministerium) übernommen hätten und es schon immer für fehleranfällig gehalten hätten. Erstaunlich ist allerdings, dass die grüne Bundestagsfraktion 2016 der Einführung der Erfüllungsoption UER zugestimmt hat (Drs. 18/8734). Außerdem hat das BMUV im Januar 2023 beabsichtigt, den Zeitraum, in dem die Anrechnung von UER-Maßnahmen auf die THG-Quote möglich sein sollte, im BImSchG um zwei weitere Jahre zu verlängern. Die damalige Begründung des BMUV: UER-Maßnahmen sollten als besonders förderwürdige Erfüllungsoption gestärkt werden.

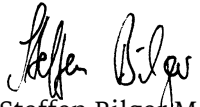
Das BMUV kommt seiner Informations- und Rechenschaftspflicht gegenüber dem Deutschen Bundestag nicht hinreichend nach. Die bei jeder parlamentarischen Befassung offener zu Tage tretenden Widersprüchlichkeiten sind frappierend. Es steht der Verdacht einer bewussten Täuschung der Parlamentarier im Raum. Bundesumweltministerin

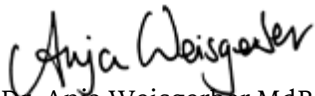
Lemke zeigt sich bislang nicht geneigt, politische Verantwortung für das von ihrem Haus verschuldete Informationschaos zu übernehmen.

Unser Zwischen-Fazit: Der Umgang der Bundesumweltministerin mit dem UER-Skandal ist leider symptomatisch für ihre Amtsführung. Sie fremdelt mit Themen, die nicht in ihr grünes Weltbild passen. Das fällt ihr jetzt auf die Füße. Während für uns die Verbesserung der CO₂-Bilanz fossiler Kraftstoffe ein überaus wichtiges Anliegen ist, weil wir eine technologieoffene Herangehensweise an den Klimaschutz haben und ein erhebliches wirtschaftliches Potenzial für einen möglichst emissionsfreien Verbrennungsmotor sehen, ist dies für B'90/Die Grünen und weite Teile des linken politischen Spektrums nach wie vor ein ideologisches Tabu. Daher verwundert es nicht, dass einem möglichen Betrugsskandal lange Zeit weder im BMUV noch im UBA die notwendige Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die CDU/CSU-Fraktion wird den Druck auf das grün-geführte BMU und die ihm nachgeordneten Stellen weiterhin aufrechterhalten und auf Aufklärung drängen. Aufgrund der in der heutigen Ausschusssitzung weitgehend offengebliebenen Fragen beantragen wir eine Sondersitzung des Umweltausschusses bereits an diesem Freitag. Es darf keinesfalls sein, dass technologische Weiterentwicklungen hin zu einer möglichst emissionsfreien Verbrennungstechnologie, die zutiefst im Interesse des Wirtschaftsstandorts Deutschland liegen, durch Missbrauch, dem ein nachlässiger Vollzug zu lange offensichtlich nur zugeschaut hat, in ein falsches Licht geraten. Genauso wenig darf es sein, dass Zertifizierungs- und Anrechnungssysteme, die für einen erfolgreichen internationalen Klima- und Umweltschutz zwingend erforderlich sind, aufgrund fehlerhaftem Verwaltungshandelns einen erheblichen Glaubwürdigkeitsverlust erleiden und so grundsätzlichen Schaden nehmen.

Mit freundlichen Grüßen


Steffen Bilger MdB


Dr. Anja Weisgerber MdB


Christian Hirte MdB